

Nach den Wahlen ist nichts mehr wie vor den Wahlen

Gedanken nach den Bundestagswahlen am 24.09.2017

Es ist schon eigenartig: Da verlieren die Koalitionsparteien der bisherigen Bundesregierung drastisch im Wahlvolk an politischer Zustimmung. Sie fahren gar ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 ein. Und was hört man am Wahlabend und am nächsten Tag? Als sei nichts passiert, wird darüber geschwätzt, dass man jetzt das Wahlvolk ganz schnell wieder in den eigenen Stall holen will. Phrasen wie „den rechten Rand besetzen“ (Seehofer) oder „die Sorgen der Menschen ernst nehmen“ (von der Leyen) flattern unbekümmert weiter, so als sei nichts gewesen. In einer Talk-Show musste Anne Will die CDU-Schwätzerin ermahnen, doch vielleicht etwas demütig selbstkritisch zu sein. Respekt verdient in dieser Situation durchaus die SPD, die noch am Wahlabend erklärte, künftig Opposition sein zu wollen. Da fallen alle anderen Parteien über sie her und faseln mit glühenden Augen allgemein was von „demokratischer Verantwortung für das Land“ und flehen die SPD fast an, sie von der eigenen Verantwortung, eine Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und Grüne zu bilden, zu entlasten. Das ist nur peinlich und lächerlich! Möge sich die SPD davon nur nicht beeindrucken lassen!

Und die Kanzlerin? Hilflos stammelt sie vor den Kameras, dass sie nicht weiß, was sie hätte anders machen sollen. Drucksend gesteht sie schließlich, für das Wahldesaster ihrer Partei verantwortlich zu sein. Eine ehrliche Analyse? Ist sie am Ende mit ihrem Latein? Diese Kanzlerin will Deutschland in die Zukunft führen? Das wird wohl nichts werden.

Und der SPD-Widersacher, der noch vor einigen Tagen dröhnte, der nächste Bundeskanzler zu sein, und Frau Merkel gnädig einen Platz in seinem Kabinett anbot? Er will jetzt in der Opposition das Bollwerk der Demokratie im Lande sein, nachdem er krachend die Wahl verlor. Geht's noch gewaltiger? Sein Auftritt in der Elefanten-Runde war nur noch peinlich. Diese Pleite war aber schon im Februar vorherzusehen. Warum wollte das nur niemand in der SPD wahrnehmen?¹ Wenn die SPD wieder glaubwürdig werden will, dann sollte sie sich so schnell wie möglich von ihm trennen und ihr politisches und personelles Angebot gründlich überarbeiten!

Ja, es stimmt, es gibt jetzt einen Rechtsruck im Deutschen Bundestag, jedoch nicht neu in Deutschland, denn den gibt es schon seit einigen Jahren. Schon 2014 zogen „besorgte Bürger“ gemeinsam mit der NPD durch unser Wohngebiet. Pegida war seit dieser Zeit in Dresden unterwegs.

¹ Im Februar 2017 nach der Nominierung von Martin Schulz als Kanzlerkandidat schickte ich dem Mitglied des Deutschen Bundestags Matthias Schmidt eine Liste von konkreten Fragen, die Schulz bislang offen ließ. Er empfing mich zu einem einstündigen vertrauensvollen Gespräch, wo er meine Zweifel wegen der fehlenden Konkretheit zu zerstreuen suchte. Daraufhin schickte ich meine Vorschläge zu den aufgeworfenen Fragen. Ich erhielt dann keine Antwort mehr.

Die regierenden Parteien, die jetzt angeblich wissen, wie sie ihre Wähler von den rechten Rattenfängern zurückholen wollen, haben das bisher nur nicht wahrhaben wollen. Und wissen sie es denn? Mit Phrasendreschen wird es wohl nie mehr gelingen. Als Gabriel von der SPD sich vor einiger Zeit nur mal mit diesem Teil der Bevölkerung unterhalten wollte, galt igittigit! Die bisher im Bundestag vertretenen Parteien wollten diesen Teil der Bevölkerung nicht hören, hatten keine Antworten auf deren Fragen, keine Ideen, wie sie die notwendigen Zukunftsfragen gestalten und nicht nur pragmatisch verwalten wollen. Und die Dummheit hört nicht auf. Man starrt auf den Osten, auf Sachsen, auf die Ostmänner. Ich wusste bisher gar nicht, dass Bayern zum Osten gehört. Dort demütigte die AfD die stinküberhebliche CSU. Wenn man wirklich die Gründe für das Erstarken der Rechten erfassen will, dann ist wohl ein wenig mehr Denken erforderlich.

Ganz demokratisch gedacht, mit diesen Wahlen hat nun ein bisher abgehängter Teil der Bevölkerung „seine Vertretung“ im Parlament. Nun sitzen neben Merkel, Schulz, Lindner, Wagenknecht und Bartsch, Özdemir und Göring-Eckardt Gauland, Meuthen, Weidel im Reichstag. Alle sind jetzt „die da oben“. Der Wettbewerb um die besten Lösungen für das Land beginnt von vorn. Die Lähmung durch eine „Große Koalition“ ist aufgelöst. Nun müssen sich jene, die bisher nicht bestimmte Sorgen der Leute wahrnehmen wollten, das nationalistische Gedröhn der Rechten anhören oder in Ausschüssen mit ihnen gar um Lösungen ringen. Oder wollen sie demonstrativ den Saal verlassen, wenn einer von den Rechten spricht? Wie demokratisch wäre das denn? Wenn die Demokratie angeblich so stark ist, wie immer behauptet, dann sollten doch diese Demagogen und Populisten in der alltäglichen Arbeit zu entlarven sein. Haben sie denn ein Konzept für die Zukunft? Ganz schnell sind sie doch runter vom populistischen Ross, wenn im Bundestag demnächst doch ein dringend notwendiges Einwanderungsgesetz beraten werden sollte, das das Asylrecht sichert und Zuwanderung ordnet. Die Frage wird doch aber sein, wessen Entwurf steht dann zur Abstimmung, der der Regierung mit FDP und Grünen, der der Oppositionspartei SPD oder der der AfD? Und der „gärrige Haufen“ zerlegt sich ja schon selbst. Die größte Betrügerin ihrer Wähler, die den Wahlkreis Sächsische Schweiz/Ostertagebirge gewann, hat sich schon verabschiedet, genießt aber satte Diäten, finanziert aus Steuergeldern. Tolle Volksvertreterin!

Ja, auch ich hätte mir eine linkere Entwicklung im Bundestag vorstellen können, habe deshalb Gregor Gysi und die Linken gewählt. Vorschläge der Linken an die SPD zur Zusammenarbeit wurden ja leider nicht ernst genommen. Vielleicht gibt es aber jetzt eine Chance, dass SPD und Linke sich doch wieder in der Opposition verständigen können und gemeinsam Alternativen erstreiten. Die Pflänzchen der Kooperation sollten doch zu gießen sein. Und der uralte rechthaberische Streit der Linken sollte doch mal ein Ende haben. Im Wahlkreis Treptow-Köpenick hatten Linke und SPD zusammen fast 41 Prozent der Stimmen. Gregor Gysi gewann unseren Wahlkreis mit fast 40 Prozent der Stimmen. Dieses Ergebnis zeigt auch, dass Wahlentscheidungen doch von politischen Sympathien für Parteien und Personen getragen werden. Obwohl der SPD-Kandidat zweifellos eine große Bürgernähe suchte und sich für seinen Wahlkreis toll einsetzte, wurde dies nur mit dem 4. Platz hinter Linke, CDU und AfD „belohnt“. Die Kandidaten von CDU und AfD kennt hier im Kiez gar niemand.

Nun ist das Thema „soziale Gerechtigkeit“ wohl out, es sei denn die Kanzlerin entwickelt plötzlich eine Empathie für die Armen und Abgehängten. Denn trotz vollmundiger Versprechen, für soziale Gerechtigkeit sorgen zu wollen, wird dies den Grünen in einer Koalitionsregierung wohl kaum

gelingen. Ob aber die CDU dem sozialen „Staubsaugerkurs“ der Kanzlerin weiter folgen wird, ist auch nicht sicher. Da lauern schon die CSU und einige Neokonservative auf ihre Chance, um eine härtere soziale Linie durchzusetzen. Und da ist dann auch noch die FDP, die eigene Ambitionen hat.

Ich persönlich glaube nicht, dass diese Jamaika-Koalition zustande kommt – oder wenn doch, wird sie nicht lange halten. Die Angst, die in den Nachwahl-Talkshows bei Grünen und FDP sichtbar wurde, hat ja tiefe Gründe. Da passt vieles nicht zusammen. Und dann noch die zerstrittene CDU-CSU. Auch der Stuhl der Kanzlerin wackelt schon mächtig, sie will es nur noch nicht wahrhaben.

Deutschland geht einer ungewissen Zukunft mit einer instabilen Regierung entgegen. Die derzeitigen objektiven Herausforderungen sind aber eigentlich nur durch einen starken und handlungsfähigen Staat zu lösen.

Genannt seien als Beispiele:

- Der **Klimawandel** erfordert in Deutschland zukünftig eine völlige Abkehr von fossilen Brennstoffen bei der Stromerzeugung, in der Mobilität im privaten und öffentlichen Bereich. Die Kosten der Umstellung auf erneuerbare Energien müssen gerechter geteilt werden. Endlich sollte Besteuerung von Kerosin eingeführt werden, um den Flugverkehr zu reduzieren. Die Förderung der Elektromobilität sollte sich vor allem auf Fahrzeugflotten (Taxis, Paketdienste, Post, Dienstwagen, Feuerwehr, Polizei) konzentrieren. Es bedarf eines neuen Konzepts zur Reduzierung des überbordenden LKW-Verkehrs auf den deutschen Autobahnen und Maßnahmen zur Reduzierung des Autoverkehrs. Der öffentliche Verkehr (Bahn, Straßenbahn und Bus) bedarf einer neuen Förderung (Preisreduzierung).
- Deutschland steht vor einem grundlegenden **Wandel seiner Industrielandschaft**: Die Autoindustrie hat in ihrer bisherigen Struktur keine Zukunft, der Maschinenbau steht vor einem Wandel, die Waffenexporte sind keine Investition in die Zukunft, die Just-in-time-Produktion mit ihrem riesigen Transportbedarf steht in einer Sackgasse, tausende Arbeitsplätze sind gefährdet.
- Bei allem Geschwätz über **Digitalisierung** muss doch deutlich ausgesprochen werden: Diese Entwicklung gefährdet Arbeitsplätze und stellt neue Herausforderungen an die Qualifizierung der Werkstätigen. Der Staat sollte jedoch dafür sorgen, dass es an jedem Ort einen leistungsfähigen Internet-Zugang gibt.
- Die **demografische Entwicklung** im Land führt zu einer Unterdeckung des beruflichen Nachwuchses und zu einem starken Anstieg von Rentnern und Pflegebedürftigen. Es werden wesentlich mehr Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich benötigt. Um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten, bedarf es zudem einer wachsenden Zahl von Menschen, die für Sicherheit sorgen. Wie dieser Bedarf gedeckt werden soll, ist bislang völlig unklar.
- Die **soziale Absicherung der Menschen im Alter** bedarf einer gründlichen Revision des gesamten Rentensystems in Deutschland. Über die Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens muss in diesem Zusammenhang auch diskutiert werden. Die Frage ist auch, wie der Staat einigen Teilen der Arbeitenden ein höheres Einkommen jenseits der Tarifregelungen garantieren kann. Das betrifft zum Beispiel Erzieherinnen und Pflegekräfte.
- Es muss gründlich geprüft werden, welche Vorzüge eine **einheitliche solidarische Bürgerversicherung** hat. Sollte sie helfen, die Gesundheitsfürsorge und die Rentenleistungen

zu garantieren, sollte eine Systemänderung erwogen werden, auch gegen die privaten Versicherungssysteme. Die Erfahrungen in Österreich bzw. der in der Schweiz per Volksentscheid abgelehnte Vorschlag zur Rentensicherung sollten dabei studiert werden.

- Die **Einnahmen des Staates** müssen erhöht werden, um gemeinschaftliche Ausgaben besser finanzieren zu können: Unterbindung der Steuerhinterziehung, Abschaffung der Kapitalertragssteuer zugunsten individueller Besteuerung, Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Kindersplittings, Überprüfung der Liste der Mehrwertsteuer 7%
- Die **Sicherheit der Bürger** muss eine zentrale Aufgabe des Staates sein. Dazu sollte die Sicherheitsstruktur im Land neu geordnet werden. Polizei und Justiz müssen ihren Aufgaben besser gerecht werden können. Technische Maßnahmen wie Video- und Telefonüberwachung sollten maßvoll bleiben. Den Bürgern muss klar gesagt werden, dass es keine Garantie gibt, sie absolut vor Anschlägen zu sichern. Und es sollte Klarheit über die reale Kriminalität (von allen in Deutschland lebenden Menschen) geschaffen werden, um verunsichernde Gerüchte und Unterstellungen zu vermindern.
- Das **Bildungswesen** steht vor der größten Herausforderung seiner Geschichte: Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften steigt enorm, die Bildungsinhalte verändern sich rasch, die sozialen Probleme in den Schulen müssen parallel gelöst werden, damit möglichst alle Schüler einen Schulabschluss erreichen. Dringend notwendig scheint es zu sein, in allen Bundesländern einheitliche Schulstandards und einheitliche Übergänge zwischen den verschiedenen Schulformen zu erreichen. Alle Schulen müssen auf einen hohen technischen Stand gebracht werden. Die bisherige föderale Struktur des Bildungswesens wird diesen Herausforderungen nicht gerecht und muss verändert werden.
- Es gibt kein Ende der **Fluchtbewegungen** nach Europa, weil die Fluchtursachen nicht beseitigt sind. Deutschland braucht außerdem Zuwanderung und wird mit Migranten leben müssen und dies als Bereicherung seiner Kultur verstehen lernen müssen. Dafür bedarf es eines staatlichen Konzepts, das Verantwortlichkeiten klarer regelt. Ein Einwanderungsgesetz ist deshalb dringend.
- Angesichts der **weltpolitischen Herausforderungen** ist es erforderlich, dass Deutschland klar an einem **Friedenskurs** festhält und Konflikte mit diplomatischen Mitteln lösen will. Es bedarf einer konsequenten Abgrenzung zum militanten Kurs der USA und eine größere Kooperation mit Russland und China. Rüstungsexporte sollten eingeschränkt werden, Rüstungsausgaben nicht erhöht sondern eingefroren werden. Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten beendet werden.
- Deutschland sollte sich innerhalb der **EU** für **einheitliche soziale Regelungen** einsetzen, die allen EU-Staaten nützen. Die Entwicklung der EU und der Euro-Zone sollte so erfolgen, dass Deutschland nicht gegenüber anderen EU-Staaten ständig auf Grund seiner Wirtschaftskraft bevorteilt wird. Es muss alles für ausgeglichene Handelsbilanzen innerhalb der EU getan werden. Wahrscheinlich ist eine neue EU-Verfassung erforderlich.
- ...

Der Beginn der Diskussion um eine Jamaika-Koalition stimmt wenig optimistisch, ob eine solche diesen objektiven Erfordernissen wirklich gerecht wird. Momentan wirft jeder seine Haltelinien in

den Ring: Die CSU will eine Flüchtlingsobergrenze, die Grünen ein Ausstiegsdatum für Braunkohle und Dieselaautos, die FDP ist gegen beides. Dieses Klein-Klein ist eigentlich nicht zu ertragen.

Was ich mir von unseren Politikern künftig wünsche?

Mögen sie bitte konkrete Vorschläge zur Lösung konkreter Probleme machen und nicht zu allgemein schwätzen. Möge immer im Auge sein, was den Menschen nützt bzw. ihnen einsichtig ist. Mögen sie keine Angst davor haben, dass ihr Vorschlag abgelehnt wird. Mögen sie mehr argumentieren und nicht jeden Vorschlag als alternativlos hinstellen. Mögen sie ihre Vorschläge zur öffentlichen Diskussion stellen, damit man sich dazu äußern kann. Mögen nicht alle immer gleich beleidigt sein, wenn man ihren Ideen nicht folgt!

Was ich mir von den Medien wünsche?

Öffentliche Debatten konkreter Vorschläge der Parteien. Weniger Fragen nach Querelen in den Parteien, wer mit wem und was wer wo anders gesagt hat. Weniger Personalisierung der Politik! Weniger Manipulation und Disqualifizierung anderer Meinungen! Weniger statistische Umfragen und daraus resultierender Wertungen, weniger spontane Fragen auf den Straßen, die ohnehin redaktionell sortiert werden!

In gespannter Erwartung, was aus diesem Wahlergebnis für unser Land resultiert.

Eberhard Aurich

27.09.2017